



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Herr
Timon Elmer
Rheinfelderstrasse 40
4058 Basel

Basel, 13. Juni 2023

Regierungsratsbeschluss vom 13. Juni 2023
Petition P440 «Mülltrennung im öffentlichen Raum»

Sehr geehrter Herr Elmer

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 18. Januar 2023 vom Schreiben 21.5756.03 der Petitionskommission Kenntnis genommen und – dem Antrag der Petitionskommission folgend – die Petition P440 dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung überwiesen. Hiermit kommen wir diesem Auftrag nach.

Die Unterzeichnenden fordern vom Grossen Rat und vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, dass eine ökologisch nachhaltige Mülltrennung im öffentlichen Raum eingeführt wird.

Gerne beantworten wir Ihre Petition wie folgt:

Der Regierungsrat teilt die Haltung, dass Abfälle, wenn immer möglich, getrennt und danach recycelt oder weiterverwendet werden. Entsprechend können an über fünfzig in der Stadt verteilten Recyclingstationen Glas, Weissblech, Aluminium und weitere Materialien getrennt entsorgt werden. Ebenso werden Papier und Karton jeden Monat von der Strasse abgeholt.

Hingegen steht der Regierungsrat der vorliegenden Petition ablehnend gegenüber. Im Bericht der Petitionskommission zur Petition P440 «Mülltrennung im öffentlichen Raum» vom 7. Dezember 2022 (21.5756.03) ist festgehalten: «In Anbetracht der beschränkten Platzverhältnisse im öffentlichen Raum, der sehr hohen Kosten und der im Vergleich zum Gesamtabfallaufkommen relativ geringen Mengen, kann der Regierungsrat die Einführung von Trennsystemen im öffentlichen Raum nicht empfehlen.».

Selbstverständlich treibt der Regierungsrat effizientere und wirkungsvollere Vorhaben im Bereich der nachhaltigen Abfallbewirtschaftung voran. Das Tiefbauamt und das Amt für Umwelt und Energie bereiten aktuell die Abfuhr von Bioabfällen aus Privathaushalten und die anschliessende Aufbereitung zu Biogas vor. Diese Weiterverwertung ist sowohl ökologisch sinnvoll als auch effizient, weil der gewichtsmässige Anteil der Bioabfälle in den Bebbisäcken 47% beträgt, was knapp 15'000 Tonnen Bioabfällen pro Jahr entspricht.

Ausserdem führt Coop momentan in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt und Energie ein Pilotprojekt zur Kunststoffsammlung durch. Wichtig ist, dass der Preis für den Sammelsack für die Bevölkerung fair ist und keine zu hohen Gewinne gemacht werden, da es sich um Monopolabfälle

handelt. Zudem müsste das System für weitere Interessierte (Migros, Aldi usw.) offen sein und sich in eine nationale Kunststoffsammlung integrieren lassen.

Zudem steht die Auswertung des Pilotversuchs für Quartierentsorgungspunkte am Kannenfeldplatz und die allfällige Einführung solcher Punkte in weiteren Quartieren an. Details können Sie der Website des Tiefbauamts Basel-Stadt entnehmen: <https://www.tiefbauamt.bs.ch/entsorgung-sauberkeit/abfallentsorgung/Quartierentsorgungspunkt-Kannenfeld.html>.

Entsprechend ist der Regierungsrat der Meinung, dass der mögliche Nutzen von Trennsystemen im öffentlichen Raum im Vergleich zu anderen – bereits umgesetzten oder noch geplanten – Initiativen und Tätigkeiten im Abfallbereich sehr unsicher und eher gering ist. Deshalb möchte sich die Regierung auf die wirkungsvolleren Vorhaben konzentrieren und die Forderung der Petition nicht erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Kopie an:

Petitionskommission, Christian C. Moesch, Kommissionspräsident